

5595/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat DI Maximilian HOFMANN, Mag. Herbert HAUPT und Kollegen haben am 23. März 1999 unter der Nummer 5934/J an mich die schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die strafrechtliche Beurteilung des Inhaltes zweier Medienwerke“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Unter Zugrundelegung der in der Anfrage wiedergegebenen Passage aus dem Gutachten Mayer weise ich darauf hin, dass auch hier auf die Bestimmung des § 3 VerbotsG abgestellt wird. Diese Bestimmung normiert nach der Rechtsprechung ein allgemeines, unmittelbar wirksames Wiederbetätigungsverbot. Sie ist über die nachfolgenden Straftatbestände der §§ 3 ff VerbotsG hinaus von Bedeutung und umschreibt selbst keine gerichtlich strafbare Handlung.

Wenn daher keine *strafrechtliche Beurteilung* vorliegt, stellt sich die Frage nach ihrer gesetzlichen Deckung schon deshalb nicht.